

Aus der Landesgeschäftsstelle

- Jahrespressekonferenz der Diakonie Württemberg 3
Die Diakonie Württemberg äußert sich zu sozialpolitisch drängenden Themen
- Ansätze zum Pflegereformgesetz sind ernüchternd 4
Finanzielle Entlastung für Pflegedürftige und Maßnahmen zur Arbeitszufriedenheit fehlen
- Behindertenhilfe braucht rasch Impfungen 5
Mobile Impfteams angesichts hoch ansteckender Mutationen notwendig
- Mit Hauswirtschaft gut versorgt im Quartier 6
Diakonie und Caritas zum Innovations- und Kompetenzzentrum Hauswirtschaft BW
- Liga stellt 29. Stichtagserhebung 2020 vor 7
Auswirkungen der Pandemie auf Wohnungslosigkeit sichtbar
- Dranbleiben an Langzeitarbeitslosen 8
Virtueller Austausch zwischen Arbeitslosen und Politik vor der Landtagswahl
- MachMit!Award für soziales Engagement ausgeschrieben 10
Jugendliche können sich bis 13. Juli für den Jugenddiakoniepreis bewerben
- Diakonie und Kirche gestalten Nachbarschaft als Lebens- und Begegnungsraum 11
Projekt „Aufbruch Quartier“ für eine inklusive Nachbarschaft
- Liga fordert vergleichbare Lebensbedingungen für Menschen mit Behinderung 12
Kommunale Zuständigkeit darf nicht zur Beliebigkeit führen
- Schutzbedürftige Menschen aus Griechenland weiter aufnehmen! 13
Aufnahmebereitschaft ernst nehmen für menschenwürdigen Umgang mit notleidenden Menschen – letzter Flug für Gründonnerstag geplant

Aus den Regionen

- Hand in Hand für Obdachlose im Haller Raum 14
Erlacher Höhe betreibt Notunterkunft für obdachlose Menschen
- Mobile Jugendarbeit ist an den Wochenenden in der Innenstadt präsent 15
Evangelische Gesellschaft beteiligt sich an Deeskalationsstrategien
- Bei eva's Tisch gibt es wieder Plätze im Warmen 16
Evangelische Gesellschaft bietet weiter warmes Mittagessen, auch zum Mitnehmen
- Diakonie Stetten überreicht „Schwarzen Peter“ der Corona-Mehrkosten 17
Stadt- und Landkreise und das Land für unwürdige Zustände ausgezeichnet

<u>Jugendarbeit: Kinder und Jugendliche brauchen Freiräume – gerade jetzt</u> EJW fordert zu Rücksichtnahme auf junge Menschen bei Öffnungen auf	18
<u>Paulinenpflege Winnenden: Familienhilfe arbeitet weiterhin vor Ort</u> Sozialpädagogischen Familienhilfe muss in Corona-Zeiten kreativ sein	19
<u>Gewohnte Strukturen und der Alltag fehlen</u> Diakonie Stetten zum Welt-Down-Syndrom-Tag	20
<u>Essensgutscheine statt Mittagstisch</u> EH-Mobil unterstützt Gäste in alternativer Form	21
<u>„Die Frauen und Kinder sind in ihrem neuen Zuhause gut angekommen“</u> Wohnprojekt der eva für schwer belastete alleinerziehende Frauen mit Fluchterfahrung	22
<u>Trotz Corona gut in Uhingen eingelebt</u> Zwei WGs des Ambulant Betreuten Wohnens der Diakonie Stetten im Wohnquartier UIGO	23
<u>Paulinenpflege Winnenden: Das „Wie“ ist entscheidend bei ganz persönlichen Gesprächen</u> Gesundheitliche Versorgungsplanung für die letzte Lebensphase für Menschen mit Behinderung	24
Kurznachrichten	25
Personalnachrichten	27

Jahrespressekonferenz der Diakonie Württemberg**Beim Jahrespressegespräch vor der Landtagswahl äußert sich die Diakonie Württemberg zu sozialpolitisch drängenden Themen.**

Stuttgart. Ihr Dienstantritt ist in die Corona-Pandemie gefallen. „Daran konnte ich besonders deutlich wahrnehmen, wie professionell und engagiert diakonische Arbeit geleistet wird.“ Zwei Wochen vor den Landtagswahlen in Baden-Württemberg äußerte Oberkirchenrätin Dr. Annette Noller, Vorstandsvorsitzende des Diakonischen Werks Württemberg, mit ihren Vorstandskollegen bei der Jahrespressekonferenz Forderungen an die künftige Landesregierung. So rückte sie angesichts zunehmender Armut das Wohnen in den Blick. Es würden zwar Sozialwohnungen gebaut, aber immer noch mehr Wohnungen aus der Mietpreisbindung fallen als hinzu kommen. 80.000 Sozialwohnungen müssten in den nächsten zehn Jahren in Baden-Württemberg neu gebaut werden, um der Nachfrage gerecht zu werden. Die grün-schwarze Landesregierung habe mit der Wohnraumallianz und Förderprogrammen einiges auf den Weg gebracht, in der Wohnungspolitik sei allerdings in den vergangenen 30 Jahren „zu viel versäumt“ worden, sagte Noller.

Noller rief außerdem dazu auf, Kritik in Bezug auf Beschäftigte im sozialen Bereich mit Bedacht zu äußern: „Ich bitte alle, denen es mit dem Impfen in den Pflegeheimen nicht schnell genug vorangeht, sich klar zu machen, was die Mitarbeitenden leisten. Oder welchen Herausforderungen sich Beschäftigte in der Behinderten- oder in der Wohnungslosenhilfe stellen. Wo wären wir ohne den Einsatz dieser Menschen!“ In allen Arbeitsbereichen habe man mit kreativen Lösungen Menschen weiterhin unterstützt, etwa bei der Beratung Suchtkranker im Freien. Sie ruft das Land dazu auf, verstärkt als Moderator für die Themen des gesellschaftlichen Zusammenhalts tätig zu werden. Auch verlässliche Finanzierungsstrukturen seien für viele Bereiche wichtig, besonders auch für die Frauenschutzhäuser.

Kirchenrätin Eva-Maria Armbruster, Vorstand Sozialpolitik, kommentierte die nicht erstatteten coronabedingten Mehrkosten in der Eingliederungshilfe. Die aktuellen finanziellen Schwierigkeiten der Einrichtungen behinderten zukünftige Investitionen in innovative Angebote. So sieht sie auch die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) in Gefahr: „Wir brauchen das Land als starken Moderator für Absprachen zwischen Trägern, Einrichtungen und Interessensvertretungen. Sonst droht der Jahrhundertschritt, der die Umsetzung des BTHG quasi ist, zu scheitern.“ Prinzipiell wünscht sie sich bei Querschnittsthemen eine bessere Kommunikation zwischen den Ressorts in den Ministerien. Armbruster sieht nicht nur bei der öffentlichen Wahrnehmung der Pflegekräfte Verbesserungsbedarf. Deren Situation müsse bei der Bezahlung, den Arbeitszeiten und der Wertschätzung verbessert werden, auch um neues Personal gewinnen zu können. In der Kinder- und Jugendhilfe müssten bestehende Strukturen gestärkt werden, um junge Menschen bei psychischen Problemen aufgrund der Pandemiesituation zu stabilisieren.

Als Finanzvorstand der Diakonie Württemberg betonte Dr. Robert Bachert, dass die Corona-Pandemie deutlich mehr personelle Ressourcen in den Einrichtungen fordere. Deshalb solle der Rettungsschirm Pflege eine längere Laufzeit bekommen. Mindereinnahmen durch geschlossene Werkstätten oder kleinere Betreuungsgruppen, etwa in der Behinderten- oder Jugendhilfe, müssen abgedeckt werden. Positiv bemerkte er, dass die Tagesbetreuungsangebote im aktuellen zweiten Lockdown weitergeführt werden können. Außerdem rief er dazu auf, Menschen mit geringem Einkommen und unterschiedlichen Einschränkungen bei der Ausstattung von Geräten und deren Anwendung zu unterstützen, damit sie nicht zu „Digitalisierungsverlierern“ würden. Als gesellschafter des verbands für die Digitalisierung in der Sozialwirtschaft arbeiteten Kirche und Diakonie in Württemberg daran, dass gemeinnützige Angebote der Unterstützung leicht im Internet gefunden werden. pm

Weitere Informationen: Claudia Mann, Pressesprecherin, Tel.: 0711 1656-334, E-Mail: mann.c@diakonie-wuerttemberg.de.

Ansätze zum Pflegereformgesetz sind ernüchternd**Die finanzielle Entlastung für Pflegedürftige und Maßnahmen zur Arbeitszufriedenheit fehlen.**

Stuttgart. Mit Ernüchterung blickt die Diakonie Württemberg auf den Arbeitsentwurf zum Pflegereformgesetz. „Es sind Ansätze erkennbar, die auf bessere Bedingungen für die Pflege hinwirken sollen, aber die Inhalte greifen an vielen Stellen zu kurz“, sagt Oberkirchenrätin Dr. Annette Noller, Vorstandsvorsitzende des Diakonischen Werks Württemberg.

Insbesondere würden Menschen in der stationären Pflege bei ihrem Eigenanteil nicht wesentlich entlastet. Die Regelung sieht eine Staffelung der pflegebedingten Eigenanteile nach Dauer der Pflege (Leistungszuschlag 25 Prozent ab einem Jahr, 50 Prozent ab zwei Jahren, 75 Prozent ab drei Jahren) vor, die Investitionskosten sollen durch die Länder auf 100 Euro monatlich gedeckelt werden. „Von der ursprünglichen Idee eines Sockel-Spitze-Tauschs ist nun leider nichts übrig geblieben, eine deutliche finanzielle Entlastung der zu Pflegenden findet nicht statt“, so Noller. „Wir fordern eine Festschreibung des Eigenanteils zur finanziellen Entlastung der Angehörigen und der Pflegebedürftigen.“

Kirchenrätin Eva-Maria Armbruster, Vorstand Sozialpolitik im Diakonischen Werk Württemberg, sieht sehr kritisch auch die neu gefasste Regelung zur Budgetdeckung in der Tagespflege. „Dies führt für Angehörige unweigerlich zu einer Mehrbelastung. Wir fordern daher eine unveränderte Möglichkeit zur Inanspruchnahme der Leistungen in der Tagespflege. Ein Gegenrechnen ambulanter Pflegeleistungen mit Tagespflegeleistungen ist daher abzulehnen.“

„Zu verbesserten Arbeitsbedingungen in der Pflege ist es noch ein weiter Weg“, sagt Armbruster. Auch wenn die im Entwurf vorgesehene gesetzliche Verankerung des einheitlichen Personalbemessungsverfahrens bundesweit zu einer besseren Personalausstattung in den stationären Einrichtungen führen könne – für Baden-Württemberg bedeute das eher keine Aufstockung des Personals.

Die Diakonie Württemberg fordert zügig einen Referentenentwurf zum Pflegereformgesetz, der auch Maßnahmen zur Personalgewinnung benennt. Angesichts der Unzufriedenheit vieler Pflegekräfte, die durch die Anforderungen der Corona-Pandemie verstärkt werden und zur Abwanderung aus dem Beruf führen, sei dies dringlich. Qualifizierte, motivierte und engagierte Pflegekräfte sind das Rückgrat der beruflichen Pflege. Pm

Weitere Informationen: Gabriele Hönes, Abteilungsleitung Gesundheit, Alter, Pflege, Tel.: 0711 1656-264, E-Mail: hoenes.g@diakonie-wuerttemberg.de.

Behindertenhilfe braucht rasch Impfungen

Ebenso wie in der Pflege sind in der Behindertenhilfe mobile Impfteams angesichts der hoch ansteckenden Mutationen notwendig.

Stuttgart. Den raschen Einsatz mobiler Impfteams für die Einrichtungen der Behindertenhilfe fordert die Diakonie Württemberg. „Wir brauchen für die Menschen mit Behinderung und die Beschäftigten in diesen Einrichtungen dieselben Anstrengungen wie bei der Pflege“, sagt Oberkirchenrätin Dr. Annette Noller, Vorstandsvorsitzende des Diakonischen Werks Württemberg.

Inzwischen hätten rund 80 Prozent der Bewohnerinnen und Bewohner der Altenpflegeheime ihre zweite Impfung, lobt Noller. Doch nun müssten sehr schnell Mobile Impfteams in die Einrichtungen der Behindertenhilfe kommen. „Besonders die hoch ansteckenden Virus-Mutationen machen uns große Sorgen, weil sie sich rasch in Wohn- und Werkstattgruppen verbreiten können und viele dieser Menschen gesundheitlich mehrfach belastet sind.“

Seit Ende Februar sind Menschen mit seelischer und geistiger Behinderung impfberechtigt. Sie mussten bisher Termine in den Impfzentren vereinbaren. Impfungen in Einrichtungen für Menschen mit Behinderung durch die Mobilen Impfteams waren für Mitte März zugesagt, sind dort aber erst vereinzelt angekommen.

Kirchenrätin Eva-Maria Armbruster, Vorstand Sozialpolitik im Diakonischen Werk Württemberg, erläutert: „Menschen mit Behinderung fällt es oftmals schwer, die Hygieneregeln einzuhalten. Zudem haben viele von ihnen wegen mehrfacher Erkrankungen wenig Widerstandskräfte. Es ist für sie schwierig, Termine in den Impfzentren zu vereinbaren und wahrzunehmen. Für viele Menschen mit Behinderung ist der Weg dorthin nicht zu bewältigen. Deshalb müssen die Menschen in den Einrichtungen vor Ort geimpft werden.“ Auch deshalb, damit die Werkstätten für behinderte Menschen weiter geöffnet bleiben können, was die Diakonie sehr begrüße.

Die Diakonie Württemberg bedauert, dass die Behindertenhilfe angesichts der verständlicherweise hohen Aufmerksamkeit für die Pflege wenig gesehen wird. Auch würden sehr viele Regeln für die Pflegeeinrichtungen gemacht. Dabei würden die Einrichtungen und Dienste für Menschen mit Behinderung entweder vergessen oder sie würden gleich behandelt. „Regeln für Pflegeheime werden Menschen mit Behinderung häufig nicht gerecht. Denn sie sind oft aktiver und bringen den Einschränkungen meist mehr Unverständnis entgegen. Deshalb setzen wir uns deutlich für die Interessen der Menschen mit Behinderung und der Mitarbeitenden in den Einrichtungen ein“, sagt Kirchenrätin Eva-Maria Armbruster. pm

Weitere Informationen: Jochen Ziegler, Abteilungsleiter Behindertenhilfe und Psychiatrie, Tel.: 0711 1656-214, E-Mail: ziegler.j@diakonie-wuerttemberg.de.

Mit Hauswirtschaft gut versorgt im Quartier**Diakonie und Caritas fordern Weiterfinanzierung des Innovations- und Kompetenzzentrums Hauswirtschaft Baden-Württemberg.**

Stuttgart/Karlsruhe. Hauswirtschaftliche Dienste von Diakonie und Caritas unterstützen zunehmend auch bei Verrichtungen im Alltag und stärken das Zusammenleben im Quartier. Um dies weiter zu gewährleisten, müsse das Land das Innovations- und Kompetenzzentrum Hauswirtschaft Baden-Württemberg auch 2022 weiter finanzieren. Darauf weisen Diakonie und Caritas in Baden-Württemberg zum diesjährigen Welthauswirtschaftstag am 21. März hin – das diesjährige Motto: „Mein Zuhause – meine Nachbarn – unser Quartier: Gutes Leben und Wohnen für jedes Alter“.

Das von der Diakonie Württemberg für die Verbände federführend betriebene Projekt hat die Aufgabe, Innovationen in der hauswirtschaftlichen Betreuung und Versorgung voranzubringen und Fachkräfte zu gewinnen. Nur mit fachlicher Unterstützung sei Lebensqualität in den Einrichtungen und Quartieren aufrecht zu erhalten, so Diakonie und Caritas in Baden-Württemberg. Das Projekt wird im Rahmen des Forums Gesundheitsstandort Baden-Württemberg gefördert.

Wer wegen Alter, Krankheit oder Handicap nicht mehr allein für sich sorgen kann, findet in hauswirtschaftlichen Dienstleistungen Unterstützung durch gesundes Essen, die Pflege der eigenen Wohnung oder des Gartens und die Begleitung im Alltag. Dadurch können Menschen trotz Hilfebedarfs weiterhin zuhause in der gewohnten Umgebung leben.

Einrichtungen und Dienste von Diakonie und Caritas sind auch wesentliche Akteure im Einsatz für die Gemeinschaft im Quartier. Neben ihren stationären und ambulanten Hilfeangeboten öffnen sie sich immer stärker in das Wohnviertel hinein. Essensangebote und kulturelle Veranstaltungen etwa in Nachbarschaftszentren stärken das Zusammenleben. Räume oder Cafeterien der Pflegeheime werden als Ort für die gesamte Nachbarschaft zur Verfügung gestellt. Ein Treffpunkt kann auch der Waschsalon für alle sein. Um diese Angebote zu koordinieren und professionell zu gestalten, sind hauswirtschaftliche Fachkräfte im Quartier unverzichtbar. Sie binden dabei auch ehrenamtlich Engagierte ein. pm

Weitere Informationen: Ursula Schukraft, Projektleitung, Tel.: 0711 1656-176, E-Mail: schukraft.u@diakonie-wuerttemberg.de.

Liga stellt 29. Stichtagserhebung 2020 vor**Die Stichtagserhebung 2020 zeigt die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Situation von wohnungslosen Menschen in Baden-Württemberg.**

Stuttgart. Am 25. Februar 2021 stellt die Liga der freien Wohlfahrtspflege zum 29. Mal die Ergebnisse der Stichtagserhebung in Baden-Württemberg vor. Am 25. September 2020 wurden insgesamt 11.421 hilfeschuchende Menschen in den Diensten und Einrichtungen der Wohnungslosen- und Straffälligenhilfe beraten und unterstützt, davon 26,1 Prozent Frauen. Das sind 849 Menschen (-6,9 Prozent) weniger als noch am Stichtag im Jahr 2019.

„Auf den ersten Blick erscheint diese Zahl positiv“, so Dr. Annette Holuscha-Uhlenbrock, Vorstandsvorsitzende der Liga-BW. Weniger wohnungslose Menschen, weniger Menschen, bei denen besondere Lebensverhältnisse mit sozialen Schwierigkeiten verbunden sind und damit weniger von Armut bedrohte und betroffene Menschen in Baden-Württemberg. Doch die Realität in Zeiten der Corona-Pandemie ist eine Andere, die Not ist nicht gesunken, sondern weiter gewachsen. „Der Rückgang der erfassten Personen ist kein Rückgang der Fälle, sondern ein Ergebnis des Infektionsschutzes“, erläutert Holuscha-Uhlenbrock.

Die geltenden Kontaktbeschränkungen, die Einhaltung von Abstandsregeln und Distanzgebote, die Minderbelegungen von Einrichtungen zur Reduzierung des Ansteckungsrisikos, die Bereitstellung von Quarantänebereichen, die vorzeitigen Haftentlassungen durch Haftunterbrechungen oder die Aufschiebung von Haftstrafen in Fällen, in denen die öffentliche Sicherheit nicht gefährdet ist und vieles mehr, treffen und beschränken auch die Dienste und Einrichtungen der Wohnungslosen- und Straffälligenhilfe in Baden-Württemberg. Vor allem aber treffen sie Wohnungslose und von Wohnungslosigkeit bedrohte Menschen hart.

Zudem kommt es im Moment in Baden-Württemberg zu Verschiebungen, deren Auswirkungen noch nicht fassbar sind. Mit Soforthilfen für Obdachlose unterstützte das Land Kommunen als auch Stadt- und Landkreise im Frühjahr und Winter 2020 finanziell, zusätzlich geeignete Räumlichkeiten zu finden, die eine Notübernachtung sicherstellen und tagsüber zum Aufenthalt geöffnet sind. Insgesamt standen hierfür im Jahr 2020 den Kommunen als auch den Stadt- und Landkreisen 900.000 Euro zur Verfügung. „Dieses Engagement des Landes ist sehr zu begrüßen. Da uns aber aktuell noch nicht bekannt ist, wie viele Menschen tatsächlich das Angebot der Notübernachtung im Rahmen der ordnungsrechtlichen Unterbringung in Baden-Württemberg in Anspruch nehmen, ist die Wirkung dieser Hilfe auszuwerten und auszubauen. Klar ist aber auch, dass die ordnungsrechtliche Unterbringung ohne entsprechende Beratung und Unterstützung nicht geeignet ist, Menschen aus Wohnungsnotlagen zu befreien“, erläutert Holuscha-Uhlenbrock.

Die Ereignisse, rund um die Corona-Pandemie, beeinflussen die Zahlen der 29. Stichtagserhebung 2020 und lassen erahnen, dass die Zahl, der von Wohnungsnot oder Wohnungslosigkeit bedrohten oder betroffenen Menschen im Land nicht geringer geworden ist. „Wir müssen davon ausgehen, dass diese höher denn je ist und dass sie weiter ansteigen wird. Sinkende Einkommen durch Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit und der Wegfall zahlreicher Beschäftigungsverhältnisse am unteren Rand sowie die damit verbundenen Einkommenseinbußen, die zu Zahlungsschwierigkeiten und zunehmender Überschuldung führen können, verschärfen die Lage der armutsgefährdeten Menschen in unserem Land“, führt die Liga Vorstandsvorsitzende aus.

Die Verbände der Liga der freien Wohlfahrtspflege in Baden-Württemberg fordern seit langem ein umfangreiches Maßnahmenpaket zur Beendigung der Obdachlosigkeit und machen mit den Ergebnissen der diesjährigen Stichtagserhebung erneut darauf aufmerksam. pm

Weitere Informationen: Liga der freien Wohlfahrtspflege in Baden-Württemberg e.V., Dr. John Litau, Geschäftsführer als Mitglied des Vorstands, Tel.: 0711 61967-0, E-Mail: litau@liga-bw.de.

Dranbleiben an Langzeitarbeitslosen**Beim virtuellen Austausch „Diakonie trifft Politik: Dranbleiben an langzeitarbeitslosen Menschen“ vor der Landtagswahl brachte die Diakonie Politiker/innen und zwei ehemals langzeitarbeitslose Frauen miteinander ins Gespräch.**

Stuttgart. Seit 40 Jahren setzt sich die Diakonie Württemberg für einen dauerhaft öffentlich geförderten Arbeitsmarkt ein. Bei der Veranstaltung, bei der über 50 Menschen teilnahmen, erneuerte Oberkirchenrätin Dr. Annette Noller, Vorstandsvorsitzende des Diakonischen Werks Württemberg, diese Forderung. Diakonische Träger unterstützen langzeitarbeitslose Menschen bei der Integration in den Arbeitsmarkt, sie brauchen aber dauerhafte Finanzierung – auch das eine alte Forderung. „Die Träger der Arbeitslosenhilfe kämpfen seit Jahrzehnten mit unsicheren Finanzierungen und sind vom Wohlwollen der aktuellen (Finanz-)Politik abhängig“, so Noller weiter.

Es sei eine der Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise von 2009 gewesen, dass in den Folgejahren die Eingliederungsbudgets der Arbeitsagenturen und Jobcenter massiv gedeckelt und insbesondere die Beschäftigung schaffenden Maßnahmen um ca. 30 Prozent reduziert wurden. Parallel zu dieser Entwicklung habe sich die seit der Jahrtausendwende zunehmend eingeführte Ausschreibungspraxis für arbeitsmarktpolitische Dienstleistungen mehr und mehr zu Ungunsten von Trägern innerhalb der Diakonie entwickelt. Die inzwischen generalisierte Ausschreibungspraxis mache es tarifgebundenen Trägern immer schwerer, Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen zu kostendeckenden Bedingungen zu akquirieren. „Aber wir wollen in Kirche und Diakonie faire Löhne und Gehälter zahlen.“

Die Diakonie Württemberg habe sich dennoch mit Beharrlichkeit in der Arbeitsmarktpolitik eingebracht. Die Idee des Passiv-Aktiv-Transfers (PAT) wurde in Baden-Württemberg ab 2011 von der Landesregierung aufgegriffen, im Rahmen des neu konzipierten Landesarbeitsmarktprogramms zum Vorzeigemodell für die gesamte Republik entwickelt und mit dem Teilhabechancengesetz ab 2018 zum Regelinstrument des SGB II verallgemeinert. „Für dieses neue Instrument sind wir dankbar. Der Paragraph 16i SGB II mit dem PAT ist ein gutes Instrument, das erhalten bleiben muss! Er greift jedoch nicht für alle Langzeitarbeitslosen und ist wirtschaftlich nicht ausgereift. Wir sind noch nicht zufrieden, denn das Instrument muss dringend weiterentwickelt werden.“

Die Evangelische Landeskirche in Württemberg hat mit 2,4 Millionen Euro Beschäftigungs- und Teilhabegutscheine finanziert, um Menschen die Chance auf Arbeit zu geben. Über 500 Menschen haben davon profitiert, sagte Tanja Herbrik, Vorsitzende des Fachverbands Arbeitslosenhilfe der Diakonie Württemberg. Auch sie rief zu einer regelhaften Finanzierung von Strukturen und Trägern auf, die Menschen begleiten, die im zweiten Arbeitsmarkt angekommen sind. „Ein ausschließlich freier Markt und die Ausschreibungspraxis der Bundesagentur für Arbeit führen zu einem Trägersterben.“

Wie wichtig Arbeit im Leben eines Menschen ist, berichteten Jessica Kunze und Luise Janke. Beide schilderten die lange Zeit der Arbeitslosigkeit als große Belastung für ihre Gesundheit, ihre Beziehung und ihr Selbstwertgefühl. Bei der Karlshöhe Ludwigsburg beziehungsweise der Neuen Arbeit Stuttgart arbeiten zu dürfen, schätzen sie als hohes Gut. Allerdings müssten sie bangen, ob ihre Maßnahme verlängert wird, zumal Luise Janke nur noch wenige Jahre vom Rentenalter entfernt ist.

Oberkirchenrätin Annette Noller bedauerte, dass in den arbeitsmarktpolitischen Passagen der Wahlprogramme keine Vorhaben für Arbeitslose, geschweige denn für Langzeitarbeitslose beschrieben werden. Wenn die Familienangehörigen mit erfasst würden, wären über eine Million Menschen unmittelbar oder als Angehörige von Arbeitslosigkeit oder drohender Arbeitslosigkeit betroffen. „Sie könnten schon mal eine Wahl entscheiden.“ Und zum Schluss der Wunsch: „Wir wünschen uns von der Landespolitik weiterhin den Mut, gemeinwesenorientierte Beschäftigungsprojekte für Langzeitarbeitslose gemeinsam mit der Diakonie zu entwickeln.“

Teilgenommen von Seiten der Politik haben

- Alexander Schoch, MdL, arbeitsmarktpolitischer Sprecher, Bündnis 90/Die Grünen- Landtagsfraktion BW
- Fabian Gramling, MdL, arbeitsmarktpolitischer Sprecher, CDU-Landtagsfraktion BW
- Rainer Hinderer, MdL, Vorsitzender Ausschuss für Soziales und Integration der SPD-Landtagsfraktion BW
- Johanna Molitor, parlamentarische Beraterin der FDP/DVP-Landtagsfraktion BW und Landtagskandidatin Stuttgarter Wahlkreis I
- Sahra Mirow, Landessprecherin und Spitzenkandidatin, DIE LINKE. LV BW. pm

Weitere Informationen: Thomas Stürmer, Abteilungsleiter Landkreis- und Kirchenbezirksdiakonie, Existenzsicherung, Tel.: 0711 1656-117, E-Mail: stuermer.t@diakonie-wuerttemberg.de.

MachMit!Award für soziales Engagement ausgeschrieben**Jugendliche können sich bis 13. Juli für den Jugenddiakoniepreis bewerben.**

Stuttgart/Karlsruhe/Wilhelmsdorf. Bis zum 13. Juli 2021 können sich Jugendliche, die sich sozial in Baden-Württemberg engagieren, für den MachMit!Award bewerben. Der Jugenddiakoniepreis der Diakonie und der Evangelischen Jugend in Württemberg und in Baden wird zum 15. Mal ausgeschrieben und ist mit insgesamt 3.500 Euro dotiert. Ziel des Preises ist es, das soziale Engagement von Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu fördern.

Der MachMit!Award soll bestehende soziale Initiativen und engagierte Gruppen stärken und bestätigen. Darüber hinaus gibt der Jugenddiakoniepreis Impulse für neue Initiativen im sozialen Engagement junger Menschen. Getragen und finanziell unterstützt wird der Preis von der Diakonie Württemberg, dem Evangelischen Kinder- und Jugendwerk Baden, dem Evangelischen Jugendwerk in Württemberg, dem diakonischen Unternehmen Die Ziegler'schen sowie dem Jugendradio bigFM.

Bewerben können sich Jugendliche und junge Erwachsene in den beiden Altersklassen zwischen 13 und 17 sowie zwischen 18 und 27 Jahren. In beiden Altersstufen sind je drei Preise zu gewinnen: 1. Preis: 1.000 Euro, 2. Preis: 500 Euro und 3. Preis: 250 Euro. Voraussetzung für die Bewerbung ist, dass das Projekt in Baden-Württemberg stattfindet; es kann für den MachMit!Award neu gestartet werden oder bereits laufen. Teilnehmen können alle Projekte, bei denen soziales Engagement gefragt ist: Ob Hilfeleistungen für ältere Menschen, Kinder, Jugendliche oder einfallreiche Sammelaktionen für verschiedene Projekte, beispielsweise Übersetzungen von Corona-Regeln für Menschen mit Migrationshintergrund, eine kreative Backaktion für Pandemieopfer, Unternehmungen mit älteren oder behinderten Menschen oder Anpflanz- und Verkaufaktionen für einen guten Zweck. Bewerbungsschluss ist am 13. Juli 2021.

Die Gewinnerinnen und Gewinner werden zu einer digitalen Preisverleihung im Herbst 2021 eingeladen. Auf dieser virtuellen Bühne werden sie für ihr soziales Engagement gewürdigt.

Weitere Informationen: Geschäftsstelle des Jugenddiakoniepreises, Götz Kanzleiter, Tel.: 0711 1656-412, E-Mail: kanzleiter.g@diakonie-wuerttemberg.de oder unter www.jugenddiakoniepreis.de.

Diakonie und Kirche gestalten Nachbarschaft als Lebens- und Begegnungsraum

Das Projekt „Aufbruch Quartier“ geht bis 2024 vernetzt neue inklusive Wege vor Ort.

Stuttgart. Mit ihrem Projekt „Aufbruch Quartier“ wollen Diakonie und Evangelische Landeskirche in Württemberg das Wohnumfeld zum Ort der Inklusion und Teilhabe machen. Die Evangelische Landessynode hat dafür Gelder für mehrere Personalstellen in Diakonie Württemberg und Landeskirche zur Verfügung gestellt.

„Die Nachbarschaft, das Quartier, gewinnt als Lebensraum an Bedeutung – auch für die von der Diakonie begleiteten Menschen, die heute seltener in Einrichtungen leben, sondern mitten im Ort“, sagt Oberkirchenrätin Dr. Annette Noller, Vorstandsvorsitzende des Diakonischen Werks Württemberg. Die große Stärke von Kirche und Diakonie sei, dass es bis heute gewachsene Strukturen in Kirchengemeinden und in der Diakonie und Ehrenamtliche vor Ort gibt.

Beratung, Begegnung und Teilhabe an einen Ort bringen: Das Projekt geht bis 2024 neue inklusive Wege. Kirchengemeinden sowie kirchlich-diaikonische Einrichtungen, Werke und Dienste sollen sich durch das Projekt gut koordiniert in die Gestaltung von inklusiven Nachbarschaften einbringen. Sie sollen sich dafür einsetzen, dass dort eine umfassende und gleichberechtigte Teilhabe für Menschen mit Behinderungen und psychischen Erkrankungen, für einsame und alte Menschen, aber auch für Alleinerziehende, pflegende Angehörige, Menschen in prekären Verhältnissen sowie mit Migrations- und Fluchterfahrung gelingt. „Das Interesse an Beratung und Begleitung ist groß. In kurzer Zeit haben über 30 kirchlich-diaikonische Institutionen ihr Interesse signalisiert“, so Kirchenrätin Eva-Maria Armbruster, Vorstand Sozialpolitik im Diakonischen Werk Württemberg. Auch Städte und Gemeinden in Baden-Württemberg seien an der Zusammenarbeit interessiert.

Ein breit aufgestelltes Team aus Kirche und Diakonie wird aktiv, wenn beispielsweise eine Kirchengemeinde Unterstützung braucht bei inklusiver Mitgestaltung der Nachbarschaft. Dabei könnte die Gemeinde zum Beispiel ihr Gemeindehaus zu einem Quartierszentrum entwickeln – mit Begegnungsstätte für Menschen mit psychischen Erkrankungen und einem Mittagstisch für alte, arme oder einsame Menschen. Oder Kirchengemeinden helfen Menschen mit Behinderungen, an das Leben im neuen Wohnort anzudocken. Ehrenamtliche aus der Kirchengemeinde holen sie ab zum Gottesdienst und laden zur Mitgestaltung des Kirchencafés ein. Einmal pro Woche gibt es einen offenen Mittagstisch, zu dem auch Kindergartenkinder und Geflüchtete kommen. Das Projektteam versteht sich als Wegbegleiter und Unterstützer.

Ziel aller Begleitungen und Beratungen vor Ort ist, dass Kirche und Diakonie – Menschen im Quartier durch Vernetzung mit Kommunen, zivilgesellschaftlichen Akteuren und anderen Partnerinnen wirksamer unterstützen können.

Das Projekt „Aufbruch Quartier“ führt den Aktionsplan „Inklusion leben“ inhaltlich fort und zielt auf eine systematische Weiterentwicklung von Inklusion für Kirche und Diakonie im Quartier. In den Jahren 2016 bis 2020 hat der Aktionsplan über 200 Inklusions-Projekte auf den Weg gebracht. Vielfalt in Kirche und Diakonie wurden erlebbar, bauliche und kommunikative Hürden abgebaut und Haltungen hinterfragt. In diese Entwicklung von Teilhabe aller Menschen hat die Landeskirche im Fonds „Inklusion leben“ 2,1 Millionen Euro ausgeschüttet. Die Federführung des Projekts „Aufbruch Quartier“ in Zusammenarbeit mit Evangelischen Senioren (Lages) und Pädagogisch-Theologischem Zentrum (ptz) hat die Diakonie Württemberg. pm

Weitere Informationen: Wolfram Keppler, Projektleitung „Aufbruch Quartier“, Tel.: 0711 1656-167, E-Mail: keppler.w@diakonie-wuerttemberg.de oder unter www.aufbruch-quartier.de.

Liga fordert vergleichbare Lebensbedingungen für Menschen mit Behinderung

Kommunale Zuständigkeit darf nicht zur Beliebigkeit führen.

Stuttgart. In der Behindertenhilfe ist Bewegung. Zur Umsetzung der Corona-Verordnungen kommt ganz aktuell die Organisation der Impfungen. „Wir sind sehr froh, dass Menschen mit Behinderung nun auch Impftermine vereinbaren können und die Impfteams nun auch zu Menschen mit Behinderungen kommen und hoffen auf schnelle Durchgänge“, sagt Dr. Annette Holuscha-Uhlenbrock, Vorstandsvorsitzende der Liga-BW. Abstand einhalten und Maske tragen: für Menschen mit Behinderung ist das oft nicht möglich. Es entlastet viele Familien, wenn ihre Angehörigen ohne die Sorge vor Ansteckung in den Einrichtungen leben können.

Doch nicht nur die Pandemie beschäftigt die Behindertenhilfe. Die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) ist auf einer langen Wegstrecke. Das BTHG soll für Menschen mit Behinderung mehr gesellschaftliche, soziale und berufliche Teilhabe bringen. Nun ist der Landesrahmenvertrag unterzeichnet. Seine Umsetzung in Baden-Württemberg kommt aber nur langsam voran. „Wir rufen das Land auf, dafür zu sorgen, dass die Lücken im Vertrag geschlossen werden und wir in ganz Baden-Württemberg vergleichbare Verhältnisse bei der Umsetzung des BTHG haben“, sagt Holuscha-Uhlenbrock. Notwendig sei die Erfassung der individuellen Hilfebedarfe, damit jeder Mensch mit Behinderung bedarfsgerechte Angebote bekommt. Diese Leistungen für Menschen mit Behinderung dürften nicht von der Kassenlage des einzelnen Landkreises abhängen. Sie müssen sich am Unterstützungsbedarf der Menschen mit Behinderung ausrichten. Eine Pauschalierung und Deckelung von Leistungen für Menschen mit Behinderung lehnt die Liga daher ab.

Für dringend erforderlich hält die Liga der freien Wohlfahrtspflege in Baden-Württemberg, dass die Leistungen der Einrichtungen und die Lebensbedingungen für Menschen mit Behinderung in Einrichtungen vergleichbar sind. Da die Trägerschaft bei den Kommunen liegt, ist dies nicht landesweit gegeben. „Hier brauchen wir Strukturen damit vergleichbare Lebensverhältnisse für Menschen mit Behinderung landesweit gewährleistet sind“, führt die Liga-Vorsitzende aus.

Weiteres Thema in diesem Helfefeld: Es fehlt immer noch eine Einigung für die Erstattung der Corona bedingten Mehrkosten. Diese Kosten entstehen zum Beispiel dann, wenn es wegen Abstandsregeln oder Quarantäne kleinere Gruppen mit höherem Personaleinsatz geben muss und die Schutzausrüstung weiter teuer und in großem Umfang beschafft werden muss. Was für die Pflege gilt, findet in der Behindertenhilfe keine Anwendung. Der Grund dafür ist, dass die Dienste, Einrichtungen und Verbände aufgrund der kommunalisierten Verantwortung für die Eingliederungshilfe kein entscheidungsfähiges Gegenüber haben. „Dass die Träger der Einrichtungen auf diesen Kosten sitzen bleiben, darf nicht sein und ist ein Skandal“, so Holuscha-Uhlenbrock.

Weitere Informationen: Liga der freien Wohlfahrtspflege in Baden-Württemberg e.V., Dr. John Litau, Geschäftsführer als Mitglied des Vorstands, Stauffenbergstraße 3, 70173 Stuttgart, Tel.: 0711 61967-0, E-Mail: litau@liga-bw.de.

Schutzbedürftige Menschen aus Griechenland weiter aufnehmen!**Aufnahmebereitschaft ernst nehmen für menschenwürdigen Umgang mit notleidenden Menschen – letzter Flug für Gründonnerstag geplant**

Stuttgart. Die Diakonie Württemberg fordert, weiterhin schutzsuchende Menschen aus Griechenland aufzunehmen. „Anstatt die Umsiedlung weiterer Menschen mit hohem Schutzbedarf zu beenden, muss als Zeichen der Menschlichkeit und europäischer Solidarität das Aufnahmeprogramm fortgesetzt werden“, sagt Oberkirchenrätin Dr. Annette Noller, Vorstandsvorsitzende des Diakonischen Werks Württemberg. Außerdem müsse das Leid auf den Ägäischen Inseln sofort beendet werden. „Es ist nicht hinnehmbar, dass schutzsuchende Familien, Kranke und Kinder in der EU hinter Zäunen, in Zelten und im Schlamm ohne Zugang zu ärztlicher und sozialer Betreuung leben müssen.“

Am Gründonnerstag wird voraussichtlich der letzte Flug mit schutzsuchenden Menschen, die Deutschland aus Griechenland aufnimmt, in der Bundesrepublik landen. Damit sollen die geplanten Aufnahmen beendet werden. Mehrere Bundesländer hatten zugesagt, Schutzsuchende aus den griechischen Lagern aufzunehmen. Bisher verweigert jedoch der Bund die direkte Aufnahme durch die Bundesländer.

„Es ist unverständlich, dass die enorme Aufnahmebereitschaft in Deutschland nicht gehört und abgerufen wird“, sagt Oberkirchenrätin Noller. Der Weihnachtsappell, der von mehr als 240 Bundestagsabgeordneten unterzeichnet wurde und in dem sie weitere Aufnahmen fordern, das wachsende „Bündnis Städte Sicherer Häfen“ sowie die konkreten Aufnahmezusagen von Bundesländern seien eindrucksvolle Beispiele für das große zivilgesellschaftliche Engagement. „Die Stimmen der Bürgerinnen und Bürger, der Vereine, Städte und Kirchen, Bewegungen, die sich seit Jahren für weitere Aufnahmen einsetzen, müssen gehört und ihrer Aufnahmebereitschaft Rechnung getragen werden.“

Nach Ansicht der Diakonie Württemberg braucht es eine langfristige europäische Lösung. Die Solidaritätsmaßnahmen müssten fortgesetzt und wo möglich ausgebaut werden. „Deutschland muss sich für geordnete, menschenwürdige Aufnahmeverfahren durch aufnahmebereite Mitgliedstaaten einsetzen. Langfristig braucht es einen europäischen Rechtsrahmen, der die Verteilung von Schutzsuchenden auf aufnahmebereite Länder regelt“, betont Oberkirchenrätin Dr. Annette Noller. Diese langfristigen Ziele dürften jedoch kein Grund dafür sein, die akute Notlage der Menschen in den griechischen Lagern weiter mit Zuständigkeitsfragen zu entschuldigen. „Die Osterbotschaft muss sein, wir lassen euch heute und auch in Zukunft nicht im Stich.“

Seit April 2020 hat Deutschland über 2.500 Schutzsuchende aus Griechenland über verschiedene Verfahren aufgenommen: Im Rahmen einer europäischen Hilfsaktion nahm Deutschland 53 unbegleitete Minderjährige und 243 kranke Kinder einschließlich ihrer Kernfamilien auf (Koalitionsbeschluss vom 8. März 2020). Nach dem Brand auf Lesbos beteiligte sich Deutschland an einer europäischen Aufnahme von unbegleiteten Minderjährigen und hat 150 unbegleitete Minderjährige aufgenommen. Neben den unbegleiteten Minderjährigen entschied Deutschland nach den Bränden im Lager Moria, zusätzlich 1.553 Menschen von den griechischen Inseln aufzunehmen, deren Schutzberechtigung bereits von den zuständigen griechischen Behörden festgestellt wurde.

Weitere Informationen: Dr. Birgit Susanne Dinzinger,
Abteilungsleiterin Migration und Internationale Diakonie,
Tel.: 0711 1656-377, E-Mail: dinzinger.b@diakonie-wuerttemberg.de

Hand in Hand für Obdachlose im Haller Raum

Jede Kommune im Land ist gesetzlich verpflichtet, obdachlosen Menschen ein Obdach anzubieten. In der kalten Jahreszeit ist dies überlebenswichtig. In Schwäbisch Hall besteht am „Kelkertor“ eine Notübernachtung, die von der Stadt zur Verfügung gestellt und von der Erlacher Höhe betrieben wird.

Erlach. Die Erlacher Höhe betreibt die von der Stadt zur Verfügung gestellte Notübernachtung am „Kelkertor“ in Schwäbisch Hall. Wesentlicher Kostenträger sind der Landkreis und das Jobcenter, je nach individueller Situation der hilfeschuchenden Menschen. Nun war es im Herbst durch die Pandemie erforderlich geworden, Platzzahlen zu reduzieren um Infektionsketten zu vermeiden. Dies stellte die Erlacher Höhe vor die Frage: Wie können wir Obdachlose mit Hilfebedarf ausreichend versorgen und gleichzeitig vor einer Infektion schützen? Die Stadt Schwäbisch Hall hat sich hier als vorbildlicher Partner gezeigt. Innerhalb kürzester Zeit konnten durch die gemeinsame Anstrengung bis zu vier Pensionszimmer vorgehalten werden, die von obdachlosen Menschen belegt werden konnten. Über Gutscheine konnte die Hausmeisterin der Notübernachtung gemeinsam mit den Sozialarbeitern unbürokratisch die Belegung steuern, wenn die Plätze knapp wurden. Die Überzeugungsarbeit bei den Gastwirten und die Finanzierung übernahm der Fachbereich Zentrale Steuerung der Stadt in vorbildlicher Weise und konnte dafür sogar Fördermittel des Landes einwerben.

Für Oliver Klein, Abteilungsleiter der Erlacher Höhe Hohenlohe-Frankem, ist klar: „Dieses Beispiel zeigt, wie ein Zusammenarbeit Hand in Hand funktionieren kann, wenn die verschiedenen Professionen und Träger miteinander anpacken.“ Wolfgang Sartorius, Vorstand der diakonischen Einrichtung, ergänzt: „An manchen Ort machen wir die Erfahrung, dass Kommunen ihren gesetzlichen Verpflichtungen als Obdachlosenbehörden nur unzureichend nachkommen. Auch deshalb ist das gelingende Miteinander in Schwäbisch Hall als vorbildliches Beispiel zu nennen, an dem sich andere orientieren sollten.“

Leider war die Finanzierung dieses Vorbildprojektes nur bis Ende Februar gesichert, da die Fördermittel des Landes dann aufgebraucht sind. Das Pandemiegeschehen hält sich nicht an Landesvorgaben. „Wir fordern dringend vom Land Baden-Württemberg eine Weiterführung von Programmen zur Pandemiebekämpfung bei obdachlosen Menschen, damit Kommunen vor Ort Spielräume haben, um sinnvoll Hilfe zu leisten,“ fordert Oliver Klein, zumal die Nächte noch immer kalt sind und Erfrierungsgefahr besteht, wenn Menschen im Freien nächtigen. pm

Weitere Informationen: Erlacher Höhe, Andrea Beckmann, Öffentlichkeitsarbeit, Tel.: 07193 57-171, E-Mail: Andrea.Beckmann@erlacher-hoehe.de.

Mobile Jugendarbeit ist an den Wochenenden in der Innenstadt präsent

Die Wärme nimmt zu, die Menschen wollen wieder raus auf die Straße. Und dürfen es wegen der Pandemie nur sehr eingeschränkt. Das ist für alle nervenaufreibend, besonders aber für junge Menschen. Vier von fünf Kindern und Jugendlichen fühlen sich durch Corona belastet, hat eine Studie des Uniklinikums Hamburg-Eppendorf ergeben. Das berichten auch die Streetworker der Mobilien Jugendarbeit (MJA) Stuttgart.

Stuttgart. „Die jungen Leute sind voller Energie und aufgestautem Frust, der sich schnell entladen kann“, sagt Simon Fregin, der Leiter der MJA Innenstadt. Sie seien Corona-müde, wüssten sich Freiheit und ein normales Leben. Diese Gefühle würden von der Jugend extremer und grenzenloser ausgelebt als von vielen Erwachsenen. Da könne die Stimmung schnell kippen. „Trotzdem hatten wir an den vergangenen beiden Wochenenden sehr gute Gespräche mit den Kids“, berichtet Fregin. „Damit wirken wir schon im Vorfeld präventiv.“ Die Jugendlichen kommen nicht nur aus Stuttgart, sondern aus der ganzen Region – wie in der Zeit vor Corona auch. Die Jugendlichen, die die Streetworker angesprochen haben, kamen neben den Stuttgarter Stadtteilen Stammheim, Weilimdorf, Zuffenhausen und Bad Cannstatt auch aus Bietigheim, Kornwestheim und Heilbronn.

Am vergangenen Wochenende ist die Stimmung in der Innenstadt zum Teil gekippt, vereinzelt flogen Gegenstände und Flaschen. Das Team der MJA konnte manche jungen Leute davon abhalten, sich daran zu beteiligen. „Wir haben in einer Schlägerei deeskalieren können. Und wir konnten einen jungen Mann dazu bewegen, einen Stein wieder hinzulegen, den er werfen wollte“, berichtet Fregin.

„Uns beschäftigt, wie die massiv vorhandene Energie bei den jungen Leuten sich in positive Bahnen lenken lässt“, sagt Klausjürgen Mauch, bei der Evangelischen Gesellschaft (eva) zuständig für die MJA. „Wie können wir Angebote gestalten, die dem Bedarf entgegen kommen, etwas zu erleben?“ Fast alles, um die Energie positiv zu kanalisieren, sei kaum umsetzbar. „Wir würden gerne in Gruppen mit Jugendlichen etwas unternehmen, doch das ist im Moment fast unmöglich. Wir hoffen sehr, dass die Corona-Einschränkungen in den kommenden Wochen gelockert werden können. Denn niemand will die Eskalation, auch die jungen Menschen nicht.“

„Am kommenden Wochenende wird die Anzahl unserer Mitarbeitenden verstärkt, die in der Innenstadt sind“, berichtet Jutta Jung, die bei der Caritas für die MJA zuständig ist. Das Team werde noch sichtbarer sein als bisher. „Wir haben vor, Anlaufstellen am Eckensee und am Schlossplatz anzubieten, die wir mit Beachflags sichtbar machen.“ pm

Weitere Informationen: eva Evangelische Gesellschaft, Ulrike Herbold, Pressesprecherin, Tel.: 0711 2054-321, E-Mail: Ulrike.Herbold@eva-stuttgart.de.

Bei eva's Tisch gibt es wieder Plätze im Warmen**Gäste haben die Wahl: abgepacktes Essen kann weiterhin mitgenommen werden**

Stuttgart. In den vergangenen sieben Wochen haben die Gäste von eva's Tisch das gleiche Essen erhalten wie diejenigen, die zur Vesperkirche gekommen sind. Die Vesperkirche schließt am 6. März ihre Türen – eva's Tisch bleibt geöffnet und bietet weiter von Montag bis Freitag abgepacktes Essen an. Daneben können die Gäste auch wieder im großen Saal des Hauses der Diakonie der Evangelischen Gesellschaft (eva) in der Büchsenstraße 34/36 essen. „Die Temperaturen liegen immer noch nahe am Nullpunkt, nachts sogar darunter. Deshalb möchten wir den Gästen ermöglichen, wenigstens ihr Mittagessen im Warmen einzunehmen“, sagt Birgit Auer, die Leiterin der eva-Stadtmission.

Wer das Haus der Diakonie betritt, findet Desinfektions-Spender vor, um sich die Hände zu desinfizieren. Die Gäste von eva's Tisch werden darum gebeten, ihren Mund-Nasen-Schutz erst am Tisch abzunehmen. Hier erhalten sie montags bis freitags das warme, vollwertige Mittagessen für nur 3 Euro. Die Tische stehen einzeln, so können bis zu 25 Frauen und Männer gleichzeitig im großen Saal im Haus der Diakonie essen. Sie werden in eine Gästeliste eingetragen, was das Nachverfolgen der Gäste ermöglichen würde, wenn es nötig werden sollte. Wer sich wegen der Pandemie um seine Gesundheit sorgt, kann das Essen auch weiterhin in Plastikschalen verpackt am Ausgang der Tagesstätte Wärmestube der eva abholen, die sich im gleichen Haus befindet.

Zwölf Monate Pandemie und Leben auf Distanz haben bei den Gästen ihre Spuren hinterlassen. Manche, die früher regelmäßig zu eva's Tisch kamen, sind aus Angst vor einer Ansteckung zu Hause geblieben. Andere kommen sehr gern, dann fallen Sätze wie: „Wir sind so froh, dass Sie trotz Krise und Lockdown für uns da sind.“

Viele der Gäste, die regelmäßig kommen, leiden unter der Kontaktbeschränkung. Manche haben niemanden, mit dem sie reden können. „Sie sind die einzige Anlaufstelle, die ich habe“ – solche und ähnliche Bemerkungen hören die Mitarbeitenden von eva's Tisch immer wieder. Die kurzen Begegnungen bei der Essensübergabe, die persönlichen kurzen Begrüßungen sind wichtig für die Gäste, weil sie spüren, dass sie wahrgenommen und wertgeschätzt werden.

„Besonders in der Krisenzeit ist unsere Hilfe wichtig“, sagt Birgit Auer. „Das fordert uns heraus, weil wir unsere Angebote immer wieder den aktuellen Entwicklungen anpassen. Wir wollen, dass die Gäste und die Mitarbeitenden gesund bleiben und schauen uns gleichzeitig an, welche Bedürfnisse die Gäste haben. Die Rückmeldungen, die wir bekommen, freuen uns.“ pm

Weitere Informationen: eva Evangelische Gesellschaft, Ulrike Herbold, Pressesprecherin, Tel.: 0711 2054-321, E-Mail: Ulrike.Herbold@eva-stuttgart.de.

Diakonie Stetten überreicht „Schwarzen Peter“ der Corona-Mehrkosten

Mit der symbolischen Übergabe weist der Träger der Eingliederungshilfe auf den unwürdigen Zustand hin, dass zwischen Land und Kommunen noch immer keine Einigung besteht.

Kernen-Stetten. Mit einem offenen Brief hatte sich die Diakonie Stetten Ende Januar an Vertreter der Landtagsfraktionen gewandt und um Unterstützung gebeten. In dem Brief forderte der Vorstandsvorsitzende Rainer Hinzen die Beteiligten aus Land und Kommunen dazu auf, „das unwürdige Schwarzer-Peter-Spiel zu beenden und die systematische Benachteiligung von Menschen mit Behinderung in Baden-Württemberg zu stoppen“.

Während Corona-bedingte Mehraufwendungen der Pflegeheime und Krankenhäuser über das Krankenhausentlastungsgesetz unbürokratisch erstattet werden, warten die Träger der Eingliederungshilfe in Baden-Württemberg nämlich noch immer auf ein Signal der Kostenträger, dass ihre enormen finanziellen Mehrbelastungen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie anerkannt und erstattet werden. Dies stellt die Einrichtungen und ihre Angebote für Menschen mit Behinderung vor enorme Probleme. Ein Umstand auf den auch die Mitarbeitendenvertretung der Diakonie Stetten in einem ebenfalls offenen Brief im Februar hingewiesen hatte.

In den Reaktionen der Landesvertreter auf die offenen Briefe wurde viel Verständnis für diese Notlage und Zustimmung zu dem Anliegen formuliert. Vertreter der Regierungsfractionen und Sozialminister Lucha hatten zudem auf laufende Gespräche mit den Kommunen verwiesen, eine finanzielle Beteiligung in Aussicht gestellt, gleichwohl aber auf die sachliche Zuständigkeit der Stadt- und Landkreise verwiesen, die diese aber nach wie vor nicht anerkennen. Somit zeigt das Land auf die Kommunen und die Kommunen zeigen auf das Land – in dem Wissen, dass in anderen Bundesländern Lösungen unter Beteiligung der Landesregierung gefunden wurden.

Ein konkretes Signal, dass dieses „Schwarze-Peter“-Spiel in naher Zukunft beendet wird ist für die von erheblichen Mehrkosten betroffenen Einrichtungen jedoch nicht zu erkennen. In einer einrichtungsinternen Umfrage unter den Mitarbeitenden der Diakonie Stetten haben der Vorstand und die Mitarbeitendenvertretung der Diakonie Stetten deshalb gemeinsam ermitteln lassen, wem sie den „Schwarzen Peter“ der coronabedingten Mehrkosten überreichen sollen: den Stadt- und Landkreisen, dem Land Baden-Württemberg oder gleich beiden. Das Ergebnis war eindeutig: 64 % der Mitarbeitenden stimmte dafür, dass sowohl die Stadt- und Landkreise als auch das Land den „Schwarzen Peter“ bekommen sollen.

Die Botschaft an die Empfänger formulierte Dietmar Prexl, kaufmännischer Vorstand der Diakonie Stetten: „Da Sie jetzt alle einen „Schwarzen Peter“ haben, müssen Sie ihn nicht länger hin- und herschieben. Beenden Sie deshalb dieses unwürdige Spiel lieber heute als morgen, damit die Menschen mit Behinderung in Baden-Württemberg nicht länger die Verlierer sind!“

Der Vorstandsvorsitzende Pfarrer Rainer Hinzen ergänzt: „Der umfassende Umbau der Angebotslandschaft in Baden-Württemberg im Zuge der UN-Behindertenrechtskonvention, der Landesheimbauverordnung und des Bundesteilhabegesetzes erfordert eine große gemeinsame Kraftanstrengung aller Beteiligten, zu der wir als Diakonie Stetten gerne unseren Beitrag leisten wollen – für die wir aber auch die nötigen finanziellen Grundlagen brauchen. Lassen Sie uns gemeinsam die eigentlichen Herausforderungen in der Eingliederungshilfe angehen, dabei gemeinsam konstruktive Lösungen finden und im Sinne der Menschen mit Behinderung gemeinsam etwas Neues bauen!“ pm

Weitere Informationen: Diakonie Stetten, Steffen Wilhelm, Pressesprecher, Tel.: 07151 940-3102, E-Mail: steffen.wilhelm@diakonie-stetten.de.

Jugendarbeit: Kinder und Jugendliche brauchen Freiräume – gerade jetzt

Der Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) in Baden-Württemberg, das Evangelische Jugendwerk Württemberg (EJW) sowie die Evangelische Jugend Baden (ejuba) fordern Bund und Land dazu auf, die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen bei Öffnungsszenarien stärker zu berücksichtigen. Die Botschaft: Kinder und Jugendliche brauchen Ausweichräume, Bildungsräume und Gestaltungsräume – und zwar unverzüglich.

Stuttgart. „Kinder und Jugendliche – das belegen inzwischen auch wissenschaftliche Studien - sind in der aktuellen Situation noch stärker belastet, als andere Teile der Bevölkerung. Schul- und Kitaöffnungen, wie sie bisher erfolgt sind, lösen primär Betreuungsprobleme in den Familien, bieten den Heranwachsenden aber kaum wirkliche Freiräume, die gerade in diesem Lebensabschnitt essentiell für die Entwicklung sind.“, formuliert Raphael Würth, Diözesanleiter des BDKJ in der Erzdiözese Freiburg. Die Vertreter der konfessionellen Jugendverbände in Baden-Württemberg mahnen deshalb eine rasche Öffnungsstrategie an, die Kindern und Jugendlichen echte Freiräume ermöglicht. „Gerade mit Blick auf die Wohnsituation von vielen Familien braucht es noch im Lockdown – also unverzüglich - corona-konform Ausweichräume, in denen Kinder und Jugendliche lernen, spielen oder sich auch einfach nur eine Auszeit vom Stress in Schule und Familie nehmen können. Hier müssen die Städte, Gemeinden und Kirchen tätig werden“, ergänzt Jens Adam, Landesjugendpfarrer der evangelischen Jugend Baden.

Mit Blick auf anstehende Öffnungsmöglichkeiten brauche es zeitnah Perspektiven für echte Bildungs- und Gestaltungsräume für Kinder- und Jugendliche. „Außerschulische Bildungs- und Freizeitangebote können Heranwachsenden dabei helfen, die belastenden Erfahrungen der vergangenen Monate zu verarbeiten. Wir haben in Baden-Württemberg eine große Anzahl von Vereinen, Verbänden und anderen Träger, die dazu in der Lage sind, schon jetzt verantwortbare, corona-konforme und pädagogisch sinnvoll Angebote auf die Beine zu stellen.“, ermutigt Michael Medla, Diözesanleiter des BDKJ im Bistum Rottenburg-Stuttgart, die Landespolitik zu zeitnahen Öffnungsschritten. Besonders mit Blick auf die Pfingst- und Sommerferien brauche es einen verbindlichen Planungsrahmen, der die Engagierten handlungsfähig macht. Eine Verkürzung der Ferien schränke die Freiräume noch weiter ein und wäre genau die falsche Antwort auf die Situation von Kinder und Jugendlichen.

In einem Schreiben an Ministerpräsident Kretschmann weisen die Evangelische Jugend in Baden und Württemberg darauf hin, dass sie dringend eine tragfähige Perspektive im Blick auf mögliche Stornokosten und Testangebote benötigen. „Verantwortliche vor Ort haben uns signalisiert, dass sie ohne eine entsprechende Unterstützung durch die Politik in diesem Sommer keine Angebote für Kinder und Jugendliche durchführen können. Wir wollen aber Kinder und Jugendliche nicht allein lassen und sie gerade in diesen herausfordernden Zeiten begleiten. Darum will die Evangelische Jugend auch in diesem Sommer Kindern und Jugendlichen sinnvolle Freizeitangebote bieten,“ so Cornelius Kuttler, der Leiter des EJW. Die Verbände fordern auch, dass künftige Corona-Erlasse frühzeitig vorliegen, verschiedene Gefahrenstufen berücksichtigt werden und ein „Flickenteppich“ vermieden werden muss. Darüberhinaus fordern sie, dass für Freizeiten kostenlose Corona-Schnelltests zur Verfügung gestellt werden. pm

Weitere Informationen: Evangelisches Jugendwerk in Württemberg, Eberhard Fuhr, Pressesprecher, Tel.: 0711 9781-218, E-Mail: presse@ejwue.de.

Paulinenpflege Winnenden: Familienhilfe arbeitet weiterhin vor Ort**Sozialpädagogin Christiane Fuchs aus der Sozialpädagogischen Familienhilfe der Paulinenpflege muss in Corona-Zeiten kreativ sein.**

Winnenden. „Das wichtigste ist die Vertrauensbasis zwischen mir und den Familienmitgliedern, die ich aufsuche“, erzählt Christiane Fuchs von ihrem Arbeitsalltag. Sie ist bei der Paulinenpflege Winnenden in der Sozialpädagogischen Familienhilfe angestellt. Ihr Einsatzgebiet ist der Rems-Murr-Kreis mit dem Schwerpunkt Fellbach. Hier begleitet sie fünf Familien. Beauftragt wird sie vom Jugendamt. Dort melden sich in der Regel Kindergarten, Schule, Nachbarn oder die Familie selbst und bitten um Unterstützung. „Meist fallen die Kinder mit einem besonderem Verhalten auf, sind zurückgezogen oder aggressiv, erreichen nur unzureichende Schulleistungen, besuchen unregelmäßig Schule oder Kindergarten. Kinder zeigen, im Familiensystem stimmt etwas nicht. Sie leiden daran und entwickeln Strategien, um zu überleben. Die Kinder tragen niemals Schuld“, sagt die 60-jährige Sozialpädagogin.

Die Sozialpädagogische Familienhilfe ist niederschwellig und aufsuchend angelegt. Die Fachkraft besucht die Familien: „Dort treffe ich auf Menschen, die schon viel probiert haben. Es gibt hohe Erwartungen an mich. Meine Aufgabe ist es, mit allen Beteiligten gemeinsam Schritt für Schritt Lösungen zu finden. Das gelingt nur mit der Familie. Oft sind Themen schambesetzt. Wir unterliegen der Schweigepflicht. Ganz wichtig ist es nichts zu unternehmen, ohne dies vorher mit der Familie besprochen zu haben.“

Oft geht es darum, mit den Eltern zu schauen, wie sie wieder für ihre Kinder sorgen und ihre elterliche Rolle erfüllen. Da gilt es z.B. eine Tagesstruktur einzuführen, die verlässlich ist. Thematisiert wird, wie gewichtig Eltern als Modell wirken.

Ein Einschnitt in ihre Arbeit war für Christiane Fuchs natürlich das Frühjahr 2020: „Die von mir begleiteten Familien sind Krisen gewohnt. Sie stecken viel weg. Probleme haben sich dennoch verschärft. Ist ein Kind rund um die Uhr zu Hause, kostet das mehr. Die Armut hat zugenommen. Und die Voraussetzungen für Homeschooling sind in diesen Familien noch weniger gegeben. Oft fehlen schon mal die notwendigen Geräte wie PC oder Laptop.“ Auch der Arbeitsalltag der Sozialpädagogin hat sich gewandelt: „Im ersten Lockdown gab es eine große Unsicherheit, inwieweit persönliche Begegnungen überhaupt zu verantworten sind. Ich habe mich mit den Familien viel im Freien getroffen. Mein Büro war eine Parkbank und wenn es geregnet hat, haben wir uns z.B. an einer überdachten Bushaltestelle getroffen“, erinnert sich Christiane Fuchs.

Eine große Erleichterung war dann die Bereitstellung eines großen Zimmers im Sozialraumprojekt „Kinderfels“, das ebenfalls von der Paulinenpflege verantwortet wird: „Hier bin ich Gastgeberin und kann die Umstände bestimmen, z.B. Abstand oder geöffnete Fenster.“ Aber auch beim Aufsuchen in den Wohnungen der Familie gibt es pragmatische Lösungen, um Infektionen zu verhindern: „Ich setze mich mit zwei Paar Socken und einer dicken Jacke auch auf die Terrasse oder den Balkon einer Familie.“ Und sie sieht auch positive Aspekte in der Corona-Krise: „Im zweiten Lockdown haben alle Kinder aus meinen Familien eine Kita- oder Schul-Notbetreuung mit festen Gruppen und einer viel geringeren Gruppenstärke. Das tut diesen Kindern gut. Hoffentlich denkt die Politik auch nach der Pandemie daran.“

Auch nach 14 Jahren in der Sozialpädagogischen Familienhilfe der Paulinenpflege ist Christiane Fuchs noch zuversichtlich und begeistert in ihrer Arbeit unterwegs: „Hinter jeder Familie steckt ein Schicksal. Ich finde gerne mit ihnen Lösungsschritte, die sie beflügeln.“ pm

Weitere Informationen: Paulinenpflege Winnenden, Matthias Knödler, Öffentlichkeitsarbeit, Tel.: 07195 695-1128, E-Mail: matthias.knoedler@paulinenpflege.de.

Gewohnte Strukturen und der Alltag fehlen

Am 21. März ist Welt-Down-Syndrom-Tag. Claudia Buri hat Trisomie 21 und lebt seit über zehn Jahren in einer Außenwohngruppe der Diakonie Stetten in Strümpfelbach. Die sehr selbständige junge Frau arbeitet in der Bergschule der Diakonie Stetten. Die gewohnte Alltagsstruktur, die durch die Corona-Pandemie durcheinandergeraten ist, fehlen ihr. Als Risikopatientin hofft sie auf eine schnelle Impfung und die Rückkehr zum Alltag.

Strümpfelbach. Menschen mit Trisomie 21 gehören in der Impfreihenfolge gegen das Coronavirus aktuell zur Personengruppe mit hoher Priorität. Claudia Buri hat noch keinen Impftermin, wartet jedoch sehnsüchtig darauf: „Ich bin natürlich sehr froh, wenn ich geimpft werde und hoffe, dass ich dann wieder mehr machen kann“. Zwar hat die 36-Jährige keinen angeborenen Herzfehler, wie viele andere Menschen mit Down-Syndrom. Doch oft geht mit der Behinderung ein geschwächtes Immunsystem einher, wodurch auch sie zur Risikogruppe gehört. Claudia Buri vermisst ihren gewohnten Alltag und die Arbeit in den unterschiedlichen Gruppen der Bergschule: „Ich arbeite zurzeit nur den halben Tag, weil ein gruppenübergreifender Dienst wegen Corona nicht möglich ist. Sonst bin ich da eigentlich immer den ganzen Tag“, erzählt sie. In der Freizeit geht sie viel spazieren und Radfahren, kocht mit ihren Mitbewohnerinnen und -bewohnern oder spielt mit ihnen Spiele. „Eigentlich gehe ich gerne schwimmen oder auf Konzerte, wie z. B. zu Andrea Berg, aber das geht ja gerade nicht“, bedauert sie.

Im Normalfall sind die Bewohnerinnen und Bewohner der fünfköpfigen Wohngruppe sehr aktiv und unternehmen verschiedenste Aktivitäten in ihrer Freizeit. „Wir gehen sonst regelmäßig zu Stammtischen, zum Kegeln, ins Freibad, ins Kino oder treffen Freunde außerhalb der Wohngemeinschaft. Zurzeit ist das Leben hier schon ziemlich eingeschränkt und man merkt, dass bei den Bewohnern so langsam die Luft raus ist“, berichtet Heilerziehungspflegerin Anja Schmiederer. Immer nur spazieren gehen oder Spiele spielen, sei sehr eintönig. „Früher sind wir zusammen einkaufen gegangen. Aber momentan kann leider immer nur noch ein Bewohner mit zum einkaufen“, erzählt Claudia Buri.

Die junge Frau fährt alle zwei Wochen übers Wochenende zu ihrer Mutter. „Über Weihnachten war ich für längere Zeit bei meiner Mutter“, sagt die junge Frau. Mutter und Tochter sprachen viel über die Situation und das half Claudia Buri mit der Situation klarzukommen. „Claudia ist zwar sehr selbständig, aber wenn dann die gewohnte Struktur für so eine lange Zeit wegfällt, ist es schwer für sie“, weiß Mutter Marianne Buri. Ihr war es stets wichtig, dass ihre Tochter so selbständig und selbstbestimmt wie möglich aufwächst. Sie traute ihrer Tochter viel zu und ließ sie z. B. nachdem der Weg zum Kindergarten erlernt war, alleine dorthin laufen. „Wenn ich zu meiner Mutter gehe, fahre ich immer mit Bus und Bahn von Strümpfelbach nach Sindelfingen“, erzählt Claudia Buri. Dass sie nach der Schulzeit mit Kindern arbeiten wollte, wusste sie schon immer: „Die Arbeit macht mir viel Spaß und ich bin gerne in der Bergschule“.

„Wir sind sehr froh, dass Menschen mit Behinderung jetzt Impftermine vereinbaren können und die Impfteams nun auch zu Menschen mit Behinderungen kommen. Wir hoffen auf schnelle Impfmöglichkeiten“, sagt Pfarrer Rainer Hinzen, Vorstandsvorsitzender der Diakonie Stetten. Abstand einhalten und Maske tragen: für Menschen mit Behinderung sei das oft nicht möglich. Es entlaste viele Familien, wenn ihre Angehörigen ohne die Sorge vor Ansteckung in den Einrichtungen leben könnten. Claudia Buri hofft, dass sie rasch einen Termin für die Impfung bekommt, denn bei ihrer Arbeit hat sie viel Kontakt mit anderen Menschen und ist dadurch zusätzlich gefährdet. pm

Weitere Informationen: Diakonie Stetten, Hannah Kaltarar, Stv. Pressesprecherin, Tel.: 07151 940-2974, E-Mail: Hannah.Kaltarar@diakonie-stetten.de.

Essensgutscheine statt Mittagstisch

Anfang Dezember 2020 ist die mobile Tagesstätte EH-Mobil der Erlacher Höhe mit einer Sozialberatung ans Kalte Wasser in Backnang zurückgekehrt. Da ein gemeinsamer Mittagstisch noch immer nicht möglich ist, werden an Gäste mit wenig Einkommen Essensgutscheine ausgegeben, die in Backnanger Metzgereien und einem griechischen Schnellrestaurant eingelöst werden können.

Großerlach/Backnang. Die Corona-Pandemie hat vieles verändert. Auch die mobile Tagesstätte EH-Mobil der Erlacher Höhe. Das Hilfsangebot, das in Backnang immer dienstags im Gemeindehaus am Kalten Wasser mit einem gut besuchten Mittagstisch Gast war, musste sich der Situation anpassen. Seit Anfang Dezember kann zumindest die Sozialberatung, die neben dem Mittagstisch zum Angebot gehört, wieder vor Ort stattfinden: Immer dienstags von 11-12 Uhr bietet Erlacher Höhe Sozialarbeiter Swen Schreier im Gemeindehaus am Kalten Wasser eine offene Beratung für Menschen an, die sich in einer finanziellen oder psychischen Notlage befinden, denen der Verlust ihrer Wohnung droht oder die Gewalterfahrungen erleiden mussten.

Das Hilfsangebot ist im ersten Stock des Gemeindehauses zu finden, in den großzügigen Räumen der altpietistischen Gemeinschaft. „Das Einhalten aller Abstands- und Hygieneregeln ist daher kein Problem“, sagt Schreier. Obwohl das gemeinsame Essen von allen Gästen sehr vermisst werde, so Schreier, werde das Angebot gut angenommen. Auch von neuen Besucherinnen und Besuchern: „Die Situation sozial benachteiligter Menschen hat sich durch die Pandemie weiter verschlechtert. Viele von ihnen haben noch mehr Probleme, aber weniger Rückhalt. Sie fühlen sich alleingelassen. Wir geben Hilfestellungen und vermitteln als Türöffner auch in weiterführende Hilfen.“

Da ein gemeinsamer Mittagstisch pandemiebedingt weiterhin nicht möglich ist, erhalten Besucherinnen und Besucher mit wenig Einkommen seit Mitte Februar wöchentlich einen Essensgutschein in Höhe von fünf Euro. Diese Gutscheine können bei der Backnanger Metzgerei Rupp-Holzwarth in der Schillerstraße 45, der Feinkost-Metzgerei Eger in der Uhlandstraße 39 oder im Gyros Haus, bekannt als der „Griechische Schwabe“, im Biegel 7 eingelöst werden. Alle Einlösestellen waren sofort bereit, bei der Aktion mitzumachen. Finanziell unterstützt werden die Essensgutscheine durch die Hilfsaktion Mutmacher der Diakonie Württemberg.

Mit dem Konzept Sozialberatung und Gutscheinessen ist die mobile Tagesstätte neben Backnang auch in Schorndorf und Kernen-Rommelshausen einmal wöchentlich vor Ort. Für April 2021 ist der Neustart am Standort Waiblingen geplant. Sobald es die Situation wieder zulasse, wolle man aber wieder zum bewährten Konzept mit einem gemeinsamen Mittagstisch zurückkehren, sagt der zuständige Abteilungsleiter der Erlacher Höhe, Anton Heiser. „Die Sehnsucht nach Gemeinschaft ist groß.“ pm

Weitere Informationen: Erlacher Höhe, Andrea Beckmann, Öffentlichkeitsarbeit, Tel.: 07193 57-171, E-Mail: Andrea.Beckmann@erlacher-hoehe.de.

„Die Frauen und Kinder sind in ihrem neuen Zuhause gut angekommen“

Sie haben in Nigeria und Kamerun schwere Gewalt an Körper und Seele erlebt. Zwar haben sie die Flucht nach Deutschland geschafft, doch sie sind noch in Ängsten gefangen. Seit Dezember 2020 leben vier besonders schutzbedürftige alleinerziehende Frauen mit ihren Kindern in zwei Wohngemeinschaften, die die Evangelische Gesellschaft (eva) neu gegründet hat.

Stuttgart. Das Ankommen im Stadtteil Kaltental klingt – nach all dem, was die Frauen hinter sich haben – eher unspektakulär. Den Frauen werden Deutschkurse vermittelt, sie erfahren etwas über die Hausregeln oder Mülltrennung, machen Arztbesuche und erkunden die Angebote im Quartier wie beispielsweise Jugendfarmen oder Beratungsmöglichkeiten. Darüber hinaus lernen sich in dieser Phase die Bewohnerinnen und die Kinder gegenseitig kennen. Und sie begegnen den Frauen, die sie unterstützen, damit sie zu diesen Vertrauen fassen können.

Wenn die WG-Bewohnerinnen in ihrem neuen Zuhause angekommen sind, können sie ein Praktikum oder eine Ausbildung machen, soweit das in Corona-Zeiten möglich ist. Vorgesehen ist, ihnen Arbeitsmöglichkeiten im benachbarten Wichernhaus der eva anzubieten. Hier finden allein-stehende arme Menschen eine menschenwürdige Heimat im Pflegeheim.

In der letzten Phase des Projekts werden die Bewohnerinnen bis Ende 2022 darauf vorbereitet, ihren Alltag selbst zu meistern. Auch danach können sie in ihrer Wohngemeinschaft bleiben, der Mietvertrag ist nicht daran geknüpft, dass sie sozialpädagogisch begleitet werden. Die ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen des Vereins Suza wollen sie dann weiterhin unterstützen.

„Die Frauen und Kinder fühlen sich in ihrem neuen Zuhause sehr wohl und sind gut angekommen“, berichtet Irini Hatzipanagiotou vom Internationalen Beratungszentrum der eva, die das Projekt im Wichernhaus pädagogisch eng begleitet. „Sehr schön zu beobachten ist, wie die Frauen in den Wohngemeinschaften zusammenhalten und sich gegenseitig unterstützen.“ Die Frauen würden voneinander profitieren, erzählt Irini Hatzipanagiotou. Auch die Kinder hätten durch die Wohngemeinschaften trotz des Lockdowns Kontakt zu Gleichaltrigen und Spielgefährten.

Die wohl größte Herausforderung ist für die Mitarbeiterinnen der eva und des Vereins Suza, beim Unterstützen der Familien die richtige Balance zu finden: Sie ausreichend zu unterstützen, aber auch nicht überzuversorgen. Deshalb stärken sie den Eigenantrieb der Bewohnerinnen. Was das konkret bedeute? „Wir sprechen mit den Frauen und Kindern über ihre besonderen Herausforderungen. Und das möglichst auf deutsch, um ihnen die Angst davor zu nehmen – Fehler sind okay. Ein anderes Beispiel: Ich biete bei einem Problem keine fertige Lösung an, sondern frage erst einmal: Wie könntest du dir eine Lösung vorstellen? Damit lernen die Frauen, die Verantwortung für ihr Leben zu übernehmen.“

Schwierig sei der unsichere Aufenthaltsstatus von manchen Frauen, sagt Irini Hatzipanagiotou. Und natürlich würden alle auf eine Zeit ohne Einschränkungen durch Corona hoffen, damit die Deutschkenntnisse der Frauen und Kinder besser vorankommen, weil sie auch mit anderen Menschen Kontakt bekommen können. Für die Familien in den Wohngemeinschaften hat sich aber jetzt schon viel verbessert. „Seit ich in dieser WG wohne, habe ich eine Privatsphäre – zum ersten Mal nach langer Zeit“, berichtet eine der Bewohnerinnen. „Mein Schlaf ist viel besser, seit ich ein eigenes Zimmer habe. Davor habe ich mit meinen beiden Kindern in einem Zimmer gewohnt und geschlafen. Die beiden – sie sind 8 und 15 Jahre alt – haben in diesem Zimmer auch gelernt. Jetzt kann ich mich mittags mal für eine kleine Pause zurückziehen. Und meine Kinder haben ihren eigenen Raum und können sich besser entfalten.“ pm

Weitere Informationen: eva Evangelische Gesellschaft, Ulrike Herbold, Pressesprecherin, Tel.: 0711 2054-321, E-Mail: Ulrike.Herbold@eva-stuttgart.de.

Trotz Corona gut in Uhingen eingelebt

Seit vergangenen September haben sich zwei Wohngemeinschaften des Ambulant Betreuten Wohnens der Diakonie Stetten im Wohnquartier UIGO in Uhingen zusammengefunden. Die Bewohnerinnen und Bewohner mit Behinderungen haben sich bereits gut in den insgesamt drei Wohnungen eingelebt, auch wenn die aktuelle Corona-Pandemie die Kontakte und Kooperationen zu Vereinen oder Kirchengemeinden massiv erschwert.

Uhingen. Christiane Hanß, Gabi Frinken, Jessica Kestner, Sabrina Danelutti und Martina Ruoff fühlen sich wohl in ihren neuen Wohnungen mit den hellen modern eingerichteten Räumlichkeiten und den großzügig gestalteten Balkonen. „Ich habe eine Wand in meinem Zimmer rosa angemalt“, erzählt Jessica Kestner. Die 23-Jährige, die in den Förder- und Beschäftigungsbereich der Lebenshilfe geht, wohnte bislang bei ihrer Mutter und wagte nun den Schritt in Richtung mehr Selbständigkeit. Mit ihren zwei Mitbewohnerinnen versteht sie sich gut. Die Wohngemeinschaften sind auf zwei Stockwerken übereinander und es findet ein regelmäßiger Austausch statt. „Wir kochen abends immer zusammen, schauen Fernseher oder machen zusammen einen Spaziergang“, erzählt Christiane Hanß. Die Mitarbeitenden der Diakonie Stetten sind immer anwesend, wenn die Bewohnerinnen und Bewohner zuhause sind. „Morgens und nachmittags nach der Werkstatt ist immer jemand von uns da und es gibt auch eine Nachtbereitschaft, die in der Wohnung schläft“, erzählt die Koordinatorin für ambulante Wohnangebote, Carolin Pfänder. Sie und ihre Kolleginnen und Kollegen haben in den vergangenen Monaten viel dazu beigetragen, dass sich die Bewohnerinnen und Bewohner trotz der Corona-Pandemie gut in Uhingen und den Wohngemeinschaften eingefunden haben. „An Fasching haben wir uns verkleidet und eine Party gefeiert“, erzählt Sabrina Danelutti. Außerdem erkunden die Bewohnerinnen und Bewohner mit den Mitarbeitenden bei Spaziergängen regelmäßig die Umgebung.

Einkaufen, Wäsche waschen, kochen oder putzen: Die Bewohnerinnen und Bewohner sind mit Unterstützung der Mitarbeitenden der Diakonie Stetten selbst für die alltäglichen Aufgaben zuständig. „Der Supermarkt ist gleich um die Ecke. Da können wir hinlaufen“, erzählt Martina Ruoff, die ebenfalls bislang in einem stationären Wohnangebot auf dem Gelände der Diakonie Stetten wohnte.

Carolin Pfänder ist für den Aufbau des Ambulant Betreuten Wohnens der Diakonie Stetten, das von der Aktion Mensch in der Region gefördert wird, zuständig. „Die ersten Wochen waren eine Herausforderung, da das Team mit Mitarbeitenden, die neu in der Diakonie Stetten angefangen haben, gestartet ist. So mussten sich erst einmal alle miteinander vertraut machen. Aber wir haben einen guten Zugang zueinander gefunden“, sagt die Sozialpädagogin. Hinzu kommt, dass die Bewohnerinnen und Bewohner die Mitarbeitenden fast nie ohne Maske sehen. „Gabi Frinken liest z. B. viel von den Lippen ab und wir merken, dass sie draußen im Freien mehr spricht, weil die Mitarbeitenden hier mit Abstand ohne Maske sein können.“

Die neuen ambulanten Wohngemeinschaften in Uhingen wurden für eine Klientel mit hohem pädagogischem Unterstützungsbedarf konzipiert. Durch die umfangreichen Präsenzzeiten können die Mitarbeitenden im Vergleich zu größeren Wohngruppen im stationären Bereich individueller auf die einzelnen Bewohnerinnen und Bewohner eingehen. „Manche sind noch sehr an den Strukturen aus dem stationären Wohnen orientiert. Hier wollen wir mehr Lockerungen reinbringen und das klappt auch schon sehr gut“, sagt Carolin Pfänder. Das Leben und Wohnen in den neuen Wohngemeinschaften ist durch und durch am individuellen Bedarf der jeweiligen Person angepasst. „Wichtig ist, dass wir sobald es mit der Corona-Pandemie besser wird, mehr Inklusion leben können und die Bewohner sich in der Umgebung vernetzen“, so Carolin Pfänder. pm

Weitere Informationen: Diakonie Stetten, Hannah Kaltarar, Stv. Pressesprecherin, Tel.: 07151 940-2974, E-Mail: Hannah.Kaltarar@diakonie-stetten.de.

Das „Wie“ ist entscheidend bei ganz persönlichen Gesprächen**Diakon und Trauerbegleiter Marcel Swoboda spricht mit Menschen mit Behinderung über ihre Vorstellungen für die letzte Lebensphase.**

Winnenden. Seine Stellenbezeichnung klingt zunächst etwas kühl und nicht besonders lebensfroh: „Gesundheitliche Versorgungsplanung für die letzte Lebensphase“. Doch hinter dem neuen Tätigkeitsfeld von Heilerziehungspfleger und Diakon Marcel Swoboda steckt eine durchaus lebensbejahende Aufgabe. Seit Oktober 2020 führt er mit Menschen mit Behinderung, die in den Wohnangeboten Behindertenhilfe der Paulinenpflege leben, Gespräche über ihre Vorstellungen bezüglich Krankheit, Sterben und Tod. „Ich taste mich vorsichtig an diesen Themenbereich heran und falle nicht mit der Tür ins Haus. Meine Aufgabe ist es, unsere Menschen mit Behinderung mit ihren Wünschen, Hoffnungen und Ängsten bezüglich der letzten Lebensphase besser kennenzulernen und zu verstehen. Bei solch intimen Gesprächen ist immer das ‚wie‘ entscheidend.“

Marcel Swoboda, der auch eine Weiterbildung in Trauerbegleitung absolviert hat, sieht es als Privileg an, diese Gespräche mit seinen Klienten aus Winnenden, Backnang und Murrhardt führen zu dürfen: „Ich bin sehr dankbar für das Vertrauen, das mir die Menschen entgegenbringen. In Anbetracht dieser schweren Themen lernt man auch wieder, das Leben bzw. das was man hat, zu schätzen. Schön ist auch zu spüren, dass alle Hoffnung haben und ihr Leben als wertvoll empfinden.“

Durch die Verankerung der gesundheitlichen Versorgungsplanung für die letzte Lebensphase im neuen Hospiz- und Palliativgesetz ermöglicht der Gesetzgeber jetzt auch ein von den gesetzlichen Krankenkassen finanziertes und qualifiziertes Beratungsangebot in der Paulinenpflege. Die Stelle von Marcel Swoboda wird somit von der Pflegekasse finanziert.

Bei den Gesprächen geht es nicht nur darum, was sich die Bewohnerinnen bzw. Bewohner, die teilweise auch gehörlos sind, medizinisch-pflegerisch in der letzten Lebensphase wünschen, sondern auch welche seelsorgerliche Begleitung gewünscht wird bzw. wie die Sterbebegleitung aussehen soll. Im Mittelpunkt der Gespräche steht immer die Selbstbestimmung und die Lebensqualität der Menschen mit Behinderung. „Manchmal werde ich gefragt, ob unsere Klienten sagen können, was für sie Lebensqualität ist bzw. ob sie sich Sterben und Tod überhaupt vorstellen können. Da entgegne ich, dass es bei diesen Themen deutlich mehr ums Fühlen wie ums Verstehen geht. Im Fühlen sind Menschen mit geistiger Behinderung begabt. Vielleicht sogar begabter. Das ist faszinierend. Selbst wenn sie es manchmal nicht mit Worten ausdrücken können, kann man vieles Beobachten und ihnen abspüren.“ Marcel Swoboda lässt alles zu: „Wichtig ist, dass die Klienten merken, dass da einer da ist, der das aushält und dass es keine Tabus gibt.“

Ein Hauptanliegen bei allen Bewohnerinnen und Bewohnern ist, dass sie auch am Lebensende miteinbezogen werden wollen und dass nicht über ihren Kopf hinweg entschieden wird. Die Wünsche werden von Marcel Swoboda dokumentiert, damit diese in der letzten Lebensphase oder auch schon vorher von den Wohngruppen-Mitarbeitern, medizinischem Personal und auch eventuell von den gesetzlichen Betreuern in wichtigen Entscheidungen berücksichtigt werden können. Doch nicht nur das zählt bei Marcel Swoboda: „Einen Wert an sich haben die Gespräche schon dadurch, dass die Themen ‚Krankheit, Sterben und Tod‘ Raum bekommen und ins Leben geholt werden.“ pm

Weitere Informationen: Paulinenpflege Winnenden, Matthias Knödler, Pressestelle, Tel.: 07195 695-1128, E-Mail: Matthias.Knoedler@Paulinenpflege.de.

Kurznachrichten

Kernen-Stetten. Das Alexander-Stift der Diakonie Stetten wurde aktuell als einer von Deutschlands besten Ausbildungsbetrieben 2021 ausgezeichnet. Focus Money vergab in Kooperation mit dem IMWF Institut für Management und Wirtschaftsforschung die Auszeichnung anhand von zwei Datensäulen. Dabei erreichte das Alexander-Stift die Höchstzahl von insgesamt 100 Punkten. Qualifizierte Ausbildungsinhalte, Förderprogramme für Auszubildende, faire Vergütung sowie eine hundertprozentige Übernahmegarantie nach abgeschlossener Ausbildung stehen im Alexander-Stift an erster Stelle. Im Alexander-Stift wird das Thema Ausbildung und die Gewinnung von Auszubildenden großgeschrieben: „Die Rahmenbedingungen der Pflegeausbildung haben sich mit der Einführung der Generalistik zum Positiven verändert. Wir haben durch die Refinanzierung der Ausbildungsarbeit die Möglichkeit, Praxisanleitende zentral einzusetzen und umfassend zu schulen. Deshalb gibt es im Alexander-Stift seit einiger Zeit das Kompetenzzentrum Praxis (KoPra)“, erklärt Anja Holzmüller. „Für Auszubildende im Alexander-Stift bietet sich ein vielfältiges Spektrum an Ausbildungsmöglichkeiten. „Bei uns gibt es z. B. Förderprogramme für Auszubildende ohne Schulabschluss, wir bilden Menschen mit Lernschwierigkeiten aus, aber man kann bei uns auch ein Studium absolvieren.“ lf

Stuttgart. Die Aids-Beratungsstelle der Evangelischen Gesellschaft Stuttgart (eva) lädt Menschen mit HIV und Aids in einen virtuellen Entspannungsraum ein. Wie geht Entspannung? Vor allem in Pandemiezeiten? Das können Interessierte bei dem neuen Angebot erfahren. Hier finden sie heraus, welcher Entspannungstyp sie sind und welche Fähigkeiten sie schon haben, um sich zu entspannen. Anschließend probieren sie Entspannungstechniken aus, die sie noch nicht kennen. Weitere Informationen und einen ersten Termin gibt es unter Telefon 0711 2054-390 oder per Mail an christina.serql@eva-stuttgart.de. lf

Stuttgart. Gemeinsam mit einem breiten zivilgesellschaftlichen Bündnis weist die Diakonie Württemberg auf Widersprüche vor der Kassenzulassung des vorgeburtlichen Bluttests auf Trisomie 13, 18 und 21 hin und fordert eine erneute Beratung des Deutschen Bundestags. Es soll keine Reihenuntersuchung auf Trisomie 21 geben, was durch die Kassenzulassung des Nichtinvasiven Pränataltests (NIPT) begünstigt würde. Eine solche Entwicklung haben die Abgeordneten des Deutschen Bundestages einmütig abgelehnt und hat auch der Gemeinsame Bundesausschuss (G-BA) nicht beabsichtigt. Gleichwohl werde der Eindruck einer Reihenuntersuchung auf Trisomie 21 dadurch bestärkt, dass die Trisomien 13 und 18 in den Beschluss mit aufgenommen wurden, obwohl der NIPT auf diese beiden Trisomien keine wirkliche medizinische Relevanz hat, da sie üblicherweise auch per Ultraschall erkannt werden können. Zudem setze die Erstattung von medizinischen Leistungen durch die gesetzliche Krankenkasse eine wissenschaftlich nachgewiesene Qualität des Verfahrens voraus, welche nach der wissenschaftlichen Prüfung nicht sichergestellt werden konnte. Angesichts der Widersprüche zwischen den Ergebnissen im Verfahren des G-BA und den in der Orientierungsdebatte zum Ausdruck gebrachten Überzeugungen der Abgeordneten des Deutschen Bundestags fordern wir als Teil des Bündnisses eine erneute Beratung des Bundestags zu den Rahmenbedingungen für die Kassenfinanzierung des Bluttests. Dem unterzeichnenden Bündnis gehören medizinische Verbände, Hebammen-, Wohlfahrts- und Beratungsverbände, kirchliche Institutionen, Behinderten(-selbsthilfe-)verbände und weitere Unterstützende an. lf

Gammertingen-Mariaberg. Die diakonische Einrichtung Mariaberg e.V. hat sehr frühzeitig beschlossen, ihr traditionelles Familienfest, den „Mariaberger Tag“, abzusagen. Die Veranstaltung war ursprünglich für Sonntag, den 4. Juli 2021 geplant. Die Entscheidung haben die beiden Mariaberger Vorstände Rüdiger Böhm und Michael Sachs aufgrund der aktuellen Lage der COVID-19 Pandemie und der Einschätzung zur Lage im Juli 2021 nach Rücksprache und im Einvernehmen mit dem Landratsamt Sigmaringen getroffen. Die Durchführung einer Veranstaltung mit mehreren Tausend Besucherinnen und Besuchern unter Einhaltung aller Abstands- und Hygieneregeln ist für die Einrichtung nicht leistbar. Zum Schutz der Gäste, Klienten und Klientinnen sowie der Mitarbeitenden haben sich die Verantwortlichen daher zur Absage entschieden. Besonders schmerzvoll ist die Entscheidung, da bereits im vergangenen Jahr das beliebte Familienfest aufgrund der Corona-Pandemie nicht stattfinden konnte. Nun freuen sich und hoffen die Mitarbeitenden des Mariaberg e.V. darauf, den Mariaberger Tag 2022 im Jubiläumsjahr „175 Jahre Mariaberg“ mit umso mehr Freude und Gästen feiern zu dürfen. pm

Personalnachrichten

Rainer Middel, früherer Finanzvorstand des Diakonischen Werks Württemberg, wird am 10. März 70 Jahre alt. 37 Jahre lang war Rainer Middel in der württembergischen Diakonie aktiv. In der Landesgeschäftsstelle hat er sich für die Implementierung moderner Führungs- und Steuerungsinstrumente eingesetzt. Er hat die Kosten- und Leistungsrechnung, die elektronische Datenverarbeitung, die kaufmännische Berufsausbildung und anderes mehr in der Landesgeschäftsstelle eingeführt. Er war unter anderem Geschäftsführer des Diakoniefonds und der Kommission für Unternehmensfragen. Zudem war er zehn Jahre lang Mitglied der Arbeitsrechtlichen Kommission und maßgeblich beteiligt an schwierigen Tarifverhandlungen sowie der Änderung des Arbeitsrechtsregelungsgesetzes. Auch Fusionen von Mitgliedseinrichtungen hat er begleitet und zum Erfolg geführt. Der Diplom-Betriebswirt hatte als Mitarbeiter der Treuhandstelle begonnen. Schon bald übernahm er die Leitung der Buchhaltung, heute Finanz- und Rechnungswesen. 1990 wurde Middel Geschäftsführer für den Bereich Verwaltung, Finanz- und Personalwesen, EDV-Beratung und –Dienstleistungen, 2002 – nach einer Satzungsänderung – ist er als Finanzvorstand in den hauptamtlichen Vorstand berufen worden. Außerdem war Rainer Middel beispielsweise im Kuratorium der Berufsakademien in Baden-Württemberg beteiligt an der Umwandlung in die Duale Hochschule, Vorstand verschiedener Stiftungen, Regionalbeiratsvorsitzender der Evangelischen Kreditgenossenschaft und Prüfungsausschussvorsitzender bei der IHK. Am 1. Januar 2012 trat er seine passive Phase der Altersteilzeit an. Nachfolger Middels ist Dr. Robert Bachert. cm

Pfarrerin Dagmar Pruin tritt ihr neues Amt als Präsidentin von Brot für die Welt und Diakonie Katastrophenhilfe an. Sie folgt damit auf Pfarrerin Cornelia Füllkrug-Weitzel, die die beiden evangelischen Hilfswerke zwei Jahrzehnte geleitet hat. Altbischof Markus Dröge, Vorsitzender des Aufsichtsrats des Evangelischen Werks für Diakonie und Entwicklung, erklärt: „Mit Dagmar Pruin haben wir eine versierte Expertin für die Leitung von Brot für die Welt und der Diakonie Katastrophenhilfe gewonnen. Sie wird die erfolgreiche Arbeit der beiden Hilfswerke für eine global gerechte und nachhaltige Entwicklung fortsetzen. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit!“ Dagmar Pruin leitete zuletzt sieben Jahre als eine der beiden Geschäftsführerinnen die Aktion Sühnezeichen Friedensdienste, einer internationalen Organisation mit Büros und Vereinsstrukturen in 13 Ländern, 40 Mitarbeitenden und 180 Freiwilligen. Die promovierte Theologin ist verheiratet und hat zwei Kinder. pm

Cornelia Füllkrug-Weitzel geht in den Ruhestand. Nach mehr als 21 Jahren an der Spitze von Brot für die Welt und Diakonie Katastrophenhilfe geht Cornelia Füllkrug-Weitzel Ende Februar in den Ruhestand. Die scheidende Präsidentin hat die Arbeit der beiden Hilfswerke für lokalisierte humanitäre Hilfe und eine nachhaltige und global gerechte Entwicklung entscheidend geprägt. Cornelia Füllkrug-Weitzel hat sich in vielen politischen Bereichen für die Belange der Menschen im Globalen Süden stark gemacht – als Präsidentin der beiden Hilfswerke, als Expertin im Rat für Nachhaltige Entwicklung (RNE), in der SDG-Kommission der Bundesregierung und auch in der Kommission Fluchtursachen der Bundesregierung. Für ihr gesellschaftliches Engagement erhielt Cornelia Füllkrug-Weitzel im Jahr 2007 das Bundesverdienstkreuz. lf

Heidi Sörensen, die frühere Oberkirchenrätin der Evangelischen Landeskirche in Württemberg, ist tot. Sie starb am 9. März in Bielefeld im Alter von 87 Jahren. Die in Dresden geborene und in Augsburg aufgewachsene Theologin wurde 1981 als erste Frau in Deutschland in eine Kirchenleitung berufen. Im Oberkirchenrat der Evangelischen Landeskirche in Württemberg war sie zuständig für Aus- und Fortbildungsstätten und kirchliche Werke, aber auch für Militärseelsorge und Wehrdienstverweigerer. Zunächst hatte Heidi Sörensen Physik studiert und in der Werkzeugprüfung von Daimler-Benz gearbeitet, bis sie 1958 zwei Jahre lang eine Bibelschule besuchte und später Theologie in Basel studierte. 1971 übernahm sie ein Gemeindepfarramt in Reutlingen-Betzingen und 1978 eine Krankenhauspfarrstelle in Reutlingen, bevor sie drei Jahre später in den Evangelischen Oberkirchenrat wechselte. pm